

# Wem nutzt der rot-grüne Bildungsplan?

Gegen Frühsexualisierung und geistige Gleichschaltung: Eine friedliche Demonstration in Hannover weist auf Elternfeindlichkeit hin **VON FRANZ SALZMACHER**

Es spricht sich herum: Die Bewegung „Demo für alle“ greift Platz in den Köpfen. Das belegen nicht nur die Zahlen der Teilnehmer an den Demonstrationen, sondern vor allem auch die Reaktionen ihrer Gegner. Dabei handelt es sich um friedliche Demonstrationen zum Schutz der Kinder vor Frühsexualisierung und Bildungsplänen, die die Schule und Kindergärten zum Instrument der Gender-Ideologie machen wollen.

1 200 Eltern und besorgte Personen, darunter auch katholische und evangelische Geistliche, folgten am vergangenen Samstag dem Aufruf des Aktionsbündnisses „Ehe und Familie vor – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ zu einer Demonstration in Hannover. Zum Aktionsbündnis gehören zahlreiche Verbände und Vereine, unter anderem das Forum deutscher Katholiken, die Stiftung Familienwerte, die Kirche in Not Deutschland, evangelische Arbeitskreise und viele andere mehr.

Die Teilnehmer versammelten sich auf dem Steintorplatz und sahen sich gleich umringt von Gegendemonstranten und Regenbogenflaggen, die die Stadtverwaltung an diesem Tag hatte hissen lassen. Das Dutzend Flaggenmasten entsprach dem Denken der Stadtverwaltung, denn ein paar Stunden vor der Demonstration hatte der Personaldezernent auf einer anderen Veranstaltung in Hannover die Eltern als „Dumpfbacken“ bezeichnet und das Pfeifen und zum Teil hysterisch-hasserfüllte Schreien von Gegnern der „Demo für alle“ war so nah, dass man sich fragen konnte, ob die Polizei nicht den Auftrag hatte, den Gegnern die Störung zu ermöglichen.

Die Redner der Demo ließen sich aber nicht stören. Einer sagte: Wir demonstrieren hier auch gegen ein Klima der Meinungsdictatur und deshalb demonstrieren wir auch für diejenigen, die unsere Meinung nicht teilen. Aber wenn diese Leute Toleranz für sich reklamieren, dann sollten sie selber erst einmal Toleranz üben und andere reden lassen. Daraufhin war für ein paar kurze Momente Ruhe. Die Polizei sorgte dann immerhin dafür, dass die Gegendemonstranten sich nicht unter die Teilnehmer mischten und auch den anschließenden Demonstrationszug zum niedersächsischen Landtag nicht allzu sehr störten. Rund 500 Polizisten, zum Teil beritten, waren aufgeboten, um den friedlichen Zug der 1 200 mit ihren Plakaten und dem Ruf „Schützt unsere Kinder“ bis zum Landtag zu begleiten.

Unter den Gegendemonstranten waren auch Landtagsabgeordnete der SPD. Sie mussten vorher den Appell an ihren Ministerpräsidenten Stefan Weil hören, die rot-grünen Vorhaben im Landtag zu stoppen, die per Gesetz alle Schulen verpflichten sol-



„Wir kommen wieder“: Demonstranten mit Schildern auf der Kundgebung in Hannover. Die Demo stieß auf beißenden Gegenwind, verlief aber friedlich.

Foto: dpa

len, aktiv auf die sexuelle Persönlichkeitsentwicklung der Kinder Einfluss zu nehmen. Die Vereinigung „Eltern 21“, die auch zum Aktionsbündnis gehört, forderte eine „ideologiefreie Schulbildung. Dabei tolerieren wir andere Moralvorstellungen, lehnen aber eine Akzeptanz ‚sexueller Vielfalt‘ entschieden ab.“ Ihr Sprecher Eckart Kuhla warnte vor einem neuen totalitären Denken. Nach Faschismus und Kommunismus drohe nun auch der Genderismus wie jede Diktatur nach der Familie und den Kindern zu greifen. Auf diese Gefahr wies auch der Vater einer zwölfköpfigen Familie hin, als er sagte: „Machen wir uns nichts vor: Bei den Bildungsplänen handelt es sich nicht nur um ein bisschen Emanzipation, um ein bisschen Gleichmacherei. Nein, hier geht es um eine neue, eine gleichgeschaltete Mitläufergesellschaft. Denn wer das Gefühl für Intimität und Identität verliert, wer keine Werteordnung mehr kennt, wer ansonsten alles, auch die letzte Perversion, für gut und richtig hält, wer in seinen bürgerlichen Eltern Leute und Spießler längst vergangener Zeiten sehen soll, der weiß nicht mehr, was Freiheit ist. Gegen den Verlust vom Be-

wusstsein der Freiheit bei unseren Kindern wehren wir uns. Gegen die Instrumentalisierung unserer Kinder, gegen ihre geistige Gleichschaltung wehren wir uns.“

Der Journalist und Buchautor Jürgen Liminski äußerte den Verdacht, dass diese Bildungspläne nur einer kleinen Gruppe nützen sollen: den Pädophilen. Es seien rot-grüne Regierungen, die diese Pläne umsetzen wollten und die treibenden Kräfte seien meistens Grüne. „Erst vor ein paar Wochen konnte man lesen, wie die Grünen in den achtziger Jahren die Pädophilie legalisieren wollten. Die Parteispitze entschuldigt sich heute dafür. Aber gleichzeitig sollen die Schulen umfunktioniert werden zu Anstalten der Frühsexualisierung und zwar durch außerschulische Experten. Woher sollen die kommen? Wer prüft diese Leute? Warum werden die Lehrer und Eltern entmündigt? Wo bleibt das Erziehungsrecht der Eltern, fragen da auch die muslimischen Verbände zu Recht.“ Diese Pläne nützen „nur den Pädophilen. Die setzen auf leichte Beute. Wenn die Grünen es ernst meinen mit ihrer Reue und Entschuldigung, dann sollten sie Abstand nehmen von diesen Plä-

nen.“ Auf die Verfassungswidrigkeit der rot-grünen Bildungspläne wies der Osnabrücker Gelehrte und Lebensrechtsexperte Manfred Spieker hin. Das Niedersächsische Schulgesetz verpflichte „in § 2 den schulischen Unterricht, die Wertvorstellungen zu vermitteln, die dem Grundgesetz zugrunde liegen und es verpflichtet in § 96 die Sexualerziehung, Schülerinnen und Schüler mit den Fragen der Sexualität altersgemäß vertraut zu machen, ihr Verständnis für Partnerschaft, insbesondere Ehe und Familie zu entwickeln, ihr Verantwortungsbewusstsein zu stärken und das Erziehungsrecht der Eltern zu achten“. Das Grundgesetz und das Niedersächsische Schulgesetz schützten „Ehe und Familie also nicht wegen der Beistandspflicht, die Eheleute einander schulden und die auch homosexuelle Paare für sich reklamieren, sondern weil sie für die Generationenfolge und für die humane Erziehung der nächsten Generation unverzichtbar sind“. Diese Wertordnung des Grundgesetzes, der Niedersächsischen Verfassung und des Niedersächsischen Schulgesetzes „werden von der ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ missachtet, un-

ter der Tarnkappe der Antidiskriminierung soll die Sexualkunde nicht nur aufklären und über verschiedene geschlechtliche Orientierungen informieren, sondern die Kinder aller Altersstufen zur Akzeptanz aller Sexualpraktiken umerziehen“.

Die Sprecherin des Aktionsbündnisses, Hedwig von Beverfoerde, die auch die anderen Demonstrationen in Stuttgart organisiert hatte, griff während der Veranstaltung auf dem Steintorplatz und auch vor dem Landtagsgebäude diese Gedanken auf und appellierte an die rot-grüne Regierung, die Gesetze des Landes und das Grundgesetz zu achten und die Bildungspläne zurückzuziehen. Sie dankte den Teilnehmern für ihr Engagement und auch der Polizei für den Schutz vor Randalierern und versprach: „Wir kommen wieder“. Angesichts der wachsenden Zahlen bei den Demonstrationen und der Partner des Aktionsbündnisses sowie des wachsenden Bewusstseins für die Problematik bei Eltern und auch in Teilen der Medienlandschaft klang dieses Versprechen für die Politik allerdings eher wie eine Drohung.

## Säureattacken gegen Frauen im Reich der Ayatollahs

Der Iran scheint ein ruhiges Land in krisengeschütteltem Umfeld zu sein, doch die Mullahs sitzen auf einem Pulverfass **VON BEHROUZ KHOSROZADEH**

In der großen zentral-iranischen Stadt Isfahan wurden auf etwa 15 Frauen Säureattacken verübt. Eine von ihnen erlag ihren Verletzungen. Der Vorfall, nur in der Intensität neu, dominiert die öffentliche Debatte im Iran. Viele Iraner vermuten dahinter durch das Establishment aufgestachelte fanatische Milizen. Die Hetzkampagne gegen „schlecht verschleierte Frauen“ hat in diesem Jahr zugenommen. Im Mai befahl der Teheraner Bürgermeister Mohammad-Bagher Ghalibaf die räumliche Trennung zwischen Männern und Frauen in der Stadtverwaltung. Leitungskräfte sollten möglichst nur männliche Bürovorsteher, Assistenten, Sekretäre und Telefonisten beschäftigen. Frauen würden mehr Zeit mit fremden Männern als mit ihren Ehemännern verbringen, so die Begründung.

Irans Parlament unterstützte mehrheitlich diesen Vorstoß des Bürgermeisters. Seit Oktober stehen zwei Gesetzentwürfe mit Aussicht auf Erfolg im Parlament zur Debatte. Das „Gesetz zum Schutz der Sittsamkeit und der Verschleierung“ verbietet die Zusammenarbeit von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, im Büro, in Cafés oder Shops zwischen sieben und 22 Uhr. Frauen, die gegen die Verschleierungsordnung in der Öffentlichkeit verstoßen, werden in Erziehungskurse geschickt und mit einem ho-

hen Bußgeld bestraft. Ferner kann Frauen bei einem Verstoß gegen das Verschleierungsgebot im Dienstleistungsbereich 30 Prozent ihres Gehalts gekürzt werden.

Ein geplantes „Gesetz zum Schutz der Sittenwächter“ erlaubt den Vollstreckern, alles was ihnen als unsittlich erscheint, zu durchsuchen, in Häuser, Geschäftsräume, Autos einzudringen und auf Straßen tätig werden. Die Sittenwächter sind meist die für ihre intolerante Haltung bekannten Mitglieder der Bassidsch-Miliz und die gefürchteten „Ansare Hisbollah“, die auf schnellen Motorrädern sehr mobil sind.

Parallel zu den Parlamentsdebatten haben die Imame der Provinzen und sogar Gouverneure die Stimmung angeheizt. In Isfahan kam es in den vergangenen zwei Wochen zu den bisher heftigsten Säureattacken mit 15 Opfern. Die Opfer sind meist leicht verschleierte, junge, hübsche Frauen. Einige von ihnen sind vorher mit einer Handy-Botschaft gewarnt worden, auf ihre sittsame Kleidung zu achten. Den Attacken gingen Äußerungen der zwei Freitags-Imame der Stadt – beide Vertreter des Revolutionsführers Khamenei – voraus. Einer sagte, mündliche Ermahnungen gegen diese Verschleierungsverstöße reichten nicht aus. Man müsse ihnen mit nassen Stöcken begegnen. Die Behörden versuchten zu-

nächst, die Attacken auf die Ebene persönlicher Feindschaften herunterzuspielen. Einige Parlamentsabgeordnete sehen dahinter eine Verschwörung „ausländisch-zionistischer Geheimdienste“. Auf Druck der Öffentlichkeit sind nun die Behörden tätig geworden. Sie verunsichern aber die Bevölkerung mit widersprüchlichen Meldungen, die alle darauf hindeuten, dass sie der Sache nicht auf den Grund gehen wollen.

Vizepräsidentin Elham Aminzadeh enttäuschte die Opfer und ihre Angehörigen mit der Aussage, die Attacken seien persönlicher Natur und ihre Verbindung mit dem Verschleierungsgebot sei eine Verschwörung von Konterrevolutionären. Doch die Iraner glauben solchen Standardschuldzuweisungen an externe Feinde längst nicht mehr. Revolutionsführer Ayatollah Khamenei hat sich bisher nicht geäußert, und Präsident Rohani nahm sich eine Woche Zeit, um eine indirekte Anmerkung zu machen. Der pragmatische Präsident scheint sich nur auf die Lösung des Nuklearstreits zu konzentrieren. Die innenpolitische Sphäre hat er den Konservativen überlassen.

Am Mittwoch versammelten sich Tausende vor dem Justizgebäude in Isfahan sowie vor dem Parlament in Teheran und beklagten die Untätigkeit der Verantwortlichen. Die Republik schikaniert die Iraner

besonders, indem sie ihnen eine an der Scharia orientierte Weltanschauung und einen entsprechenden Lebensstil aufzwingen will. Ethnisch-religiöse Minderheiten und Frauen sind am meisten betroffen – von politischen Oppositionellen abgesehen. Anfang der Woche sind drei führende Mitglieder der Hauskirchenbewegung – allesamt ehemalige Muslime – zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die Begründung lautete: „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ und „Bildung eines Netzwerks zum Umsturz des Regimes“. Tatsächlich geht es um den Abfall vom Islam.

### Widerstand mit engen Jeans und farbenfrohem Kopftuch

Der Widerstand der iranischen Frauen ist den Mullahs ein Dorn im Auge. Frauen ist der Zugang zu Sportstadien und -hallen untersagt. Als Sängerinnen dürfen sie überhaupt nicht auftreten. Seit 35 Jahren versucht die Islamische Republik, die Frauen durch die Verschleierungsvorschriften zu bändigen. Die ideale Verschleierung ist laut Revolutionsführer Ayatollah Khamenei der Tschador. In staatlich-öffentlichen Ämtern dürfen Frauen nur im Tschador erscheinen, auch im Sommer, bei unerträglicher Hitze. In der Öffentlichkeit hält sich die überwäl-

tigende Mehrheit der Frauen kaum an das Verschleierungsgebot. Das schmale, kurze farbenfrohe Kopftuch rutscht immer mehr nach hinten, sodass fast alle Haare sichtbar sind. Die Trotzreaktion der Frauen, die man als Gegenkultur zu den Mullahs bezeichnen kann, wird mit schicken, engen Jeans und einem kurzen Kleid oberhalb des Knies komplettiert. Das bringt die Ayatollahs und ihren zivilen Anhang in Rage. Bisher hatten Prügel, Peitschenhiebe, Bußgeld und der Ausschluss vom Studium wenig genutzt, um den Widerstand der Frauen zu brechen. In Isfahan geht nun aber die Angst um, denn eine Säureattacke ändert das Schicksal grundlegend. Junge Frauen trauen sich kaum noch aus dem Haus. Weibliche Journalisten, die darüber berichten, setzen ihre Namen nicht unter den Artikel. Sollte das Ziel die Einschüchterung der Frauen als der stärksten Widerstandsgruppe gegen das Regime gewesen sein, wurde dies zunächst erreicht.

In einem krisengeschüttelten, unruhigen Umfeld scheint der Iran ein stabiles ruhiges Land zu sein. Doch dieser Schein trägt. Zwar ist Irans Situation mit dem Irak oder mit Syrien nicht vergleichbar. Die Mullahs sitzen jedoch auf einem Pulverfass. Es wird sich rächen, wenn die Geduld der Bewohner überstrapaziert wird.